

Seite: 20
Ressort: Wirtschaft
Seitentitel: Digtect
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Nummer: 91
Auflage: 167.820 (gedruckt)¹ 189.948 (verkauft)¹
 193.785 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,944 (in Mio.)²

¹ IVW 4/2022² AGMA ma 2022 Tageszeitungen

Wer bezahlt das Internet?

Telekommunikationsunternehmen und Big-Tech-Konzerne streiten seit Jahren über die Finanzierung der Netzinfrastruktur. Jetzt schaltet sich die EU ein - mit möglichen Konsequenzen für viele Internetnutzer.

Von Thiemo Heeg und Hendrik Kafsack
 Der Streit spielt in der virtuellen Welt, lässt sich aber in die reale übertragen. Es geht um die Frage: Was ist wichtiger, Auto oder Autobahn?

Wer eine Entscheidung zwischen beiden für unsinnig hält, verkennt den Kern des Problems. Keine Frage: Eine Autobahn ohne Autos ist sinnlos. Sinnlos ist aber auch ein Auto ohne Straße, auf der es fahren kann. Infrastruktur und Nutzer bedingen einander. Genauso ist es im Internet. Deshalb ist von der "Datenautobahn" die Rede. Die Bits und Bytes, die von Computer zu Computer reisen und die Basis für komplexe Onlineanwendungen bis zum Streaming hochauflösender Videos bilden, brauchen ein Transportmedium: Glasfaserleitungen oder Funkverbindungen, ein elektronisches Netz so wie das Straßennetz.

Hier beginnt das Problem. Wie immer in der Ökonomie geht es um die Frage: Wer zahlt, und wer profitiert? Es sind zwei Protagonisten, die sich beharken. Die Telekommunikationskonzerne haben die Netze aufgebaut, auf denen das Internet fußt. Die Internetkonzerne, "Big Techs" wie Amazon, Apple, Alphabet/Google, Meta/Facebook oder Microsoft, lassen ihre Dienste und ihre riesigen Datenmengen über eben diese Netze laufen.

Damit haben sie sich glänzend entwickelt. Sie sind zu Megakonzerne geworden mit Billionenbewertungen an der Börse. Von den Telekomaniern lässt sich das nicht sagen. Selbst der Videodienst Netflix überflügelt mit einer Marktkapitalisierung von 140 Milliarden Euro den europäischen Branchenprimus Deutsche Telekom, der gerade 111 Milliarden Euro "wert" ist. Das Verhältnis zwischen den beiden Branchen ist zwiespältig und ambiva-

lent. Das zeigt sich schon am Beispiel SMS. Die kostenpflichtige Kurznachricht via Handy gehörte noch vor einem Jahrzehnt zu den besten Erlösquellen der Telekombranche. Allein in Deutschland wurden im Jahr 2012 knapp 60 Milliarden dieser Kurzmitteilungen verschickt, ein Allzeitrekordwert. Danach aber ging es steil bergab, bis auf nur noch sieben Milliarden SMS 2020. Sogenannte Instant-Messenger wie vor allem Whatsapp haben den SMS-Markt zerstört.

Vor einigen Jahren schimpfte der Gründer der Mobilfunkgruppe Digtect, Denis O'Brien: "Mark Zuckerberg ist wie der Kerl, der zu deiner Party kommt, deinen Champagner trinkt, deine Mädchen küsst und gar nichts mitbringt." Mit diesem Blick auf den Facebook-Gründer und andere stand und steht der Telekomunternehmer nicht allein da. Auf der größten Mobilfunkmesse der Welt, dem Mobile World Congress (MWC) in Barcelona, dreht sich die Diskussion seit Langem um genau dieses Thema.

Seit gut einem Jahr hat die Thematik stark an Fahrt aufgenommen. Im November 2021 verfassten die Vorstandsvorsitzenden von 13 europäischen Telekommunikationsunternehmen - darunter die Branchengrößen BT, Deutsche Telekom, Orange, Telefónica und Vodafone - einen dringenden Briefappell an den europäischen Gesetzgeber. "Ein großer und wachsender Teil des Datenverkehrs wird von großen US-Plattformen generiert und monetarisiert, aber das erfordert kontinuierliche, intensive Netzinvestitionen und Planung durch den Telekommunikationssektor", heißt es in der Erklärung. Dieses Modell könne nur nachhaltig sein, wenn die großen Techplattformen auch einen "fairen Beitrag" zu den Kosten leisteten.

"Fair share" im Netzausbau - das ist für die europäische Telekombranche das Stichwort der Stunde. Sie verweist darauf, dass man in den kommenden Jahren massiv in Infrastruktur investieren werde. Gerade in den Ausbau des neuen Mobilfunkstandards 5 G, der derzeit rasch ausgerollt wird, fließt viel Geld. 5 G gilt als Grundlage für die Wirtschaft in diesem Jahrzehnt, als Basis für den Verkehr selbstfahrender Autos, sich selbst organisierender Fabriken, das Internet der Dinge - auch als wichtiger Faktor im Kampf gegen den Klimawandel. Der Telekomsektor sieht sich als Möglichmacher all dessen. In den vergangenen zehn Jahren habe man allein in Europa 600 Milliarden Euro investiert, wird vorgerechnet.

Zugleich seien in Europa die Umsätze in dem Wirtschaftssektor rückläufig. Sie seien trotz rapide ansteigender Datenverkehrsmengen von 265 Milliarden Euro 2013 auf 242 Milliarden Euro 2021 gesunken, wird vorgerechnet. "Schrumpfende Einnahmen auf der einen Seite und stetig steigende Anforderungen sowie zunehmende Investitionen ins Netz auf der anderen - die Schere öffnet sich", klagt die Deutsche Telekom. Die Chefin des Konzerns Orange, Christel Heydemann, nannte auf dem MWC eine konkrete Zahl: 15 Milliarden Euro kostet es demnach die Netzbetreiber jährlich, das Datenvolumen der fünf größten Onlinedienste umzuschlagen. Wenige Riesen verursachen jeden Tag mehr als die Hälfte des gesamten Internetverkehrs.

Dagegen falle es vielen Mobilfunkfirmen schwer, damit Geld zu verdienen, auch da Verbraucher erwarteten, immer weniger zahlen zu müssen. Im Durchschnitt liefert ein Kunde einen Monatsumsatz von knapp acht Dollar - und

dieser Betrag ist seit Jahren rückläufig. Die Branche klagt über eine zum Teil "veraltete" Marktregulierung. Nur wenn alle Beteiligten beitragen, könne man Netze weiter ohne öffentliche Gelder ausbauen, sagt Heydemann. Es müsse einen politischen Rahmen geben, der eine "faire und gerechte" Geschäftsbeziehung ermögliche, in der ein direkter Beitrag der Technologiegiganten zu den Netzkosten anerkannt werde, so der Wunsch.

Freilich ist es nicht ganz so einfach. Auch weil sich die einst festen Strukturen zwischen Infrastruktur- und Inhaltanbieter mehr und mehr auflösen. Sind Telekoms und Big Techs nun Freunde oder Feinde oder beides, fragen Analysten - und kommen zum Schluss: von allem ein bisschen. Längst versuchen sich die Telekomunternehmen als Inhaltelieferanten. In "Magenta TV", dem Streamingangebot der Telekom, ist Netflix ebenso zu Hause wie Disney+. Und Vodafone wirbt für sein "Giga TV" mit dem Spruch, so lasse man "veraltetes Fernsehen" hinter sich. Das Ziel solcher Bemühungen entspricht exakt der Strategie von Big Techs wie Alphabet, Amazon oder Apple: Die Kundschaft in das eigene Ökosystem einbinden und möglichst lange darin behalten.

Trotz dieser Überschneidungen plädieren die Telekomunternehmen für etwas, was die andere Seite als "Datenverkehrssteuer" oder "Datenmaut" brandmarkt. Der Videodienst Netflix gehört als einer der Datengiganten zu den größten Gegnern dieser Idee. In Barcelona legte Ko-Chef Greg Peters dar, warum. Vor allem zwei Aspekte in seiner Rede blieben beim Publikum hängen. In den vergangenen fünf Jahren habe man mehr als 60 Milliarden Dollar allein in Inhalte investiert, die Hälfte des Gesamtumsatzes. "Das ist die Rolle, die wir bei der Schaffung eines positiven Schwungrads spielen: Bessere, vielfältigere Inhalte führen dazu, dass mehr Menschen bereit sind, für bessere Breitbanddienste zu zahlen."

Dazu präsentierte Peters zwei Charts. Einer demonstrierte, dass der Datenverkehr im Internet zuletzt um rund 30 Prozent jährlich wuchs. Der andere zeigte eine flache Linie, die die Kosten der Internetdiensteanbieter (ISP) zeigt. "Die ISPs haben diesen Anstieg der Verbrauchernutzung effizient bewältigt, während ihre Kosten stabil geblieben sind", so Peters' Fazit. Auch die Regulierungs-

behörden hätten festgestellt, dass die Kosten für die Infrastruktur nicht vom Verkehr abhängig seien. Vielmehr wollten die Telekoms zweimal für die dieselbe Infrastruktur abkassieren, die Gebühren, die jeder Nutzer ohnehin zahle, und dann die Datenmaut obendrauf, so Peters' Fazit. An wem das letztlich hängenbleibt, glaubt die niederländische Wirtschaftsministerin Micky Adriaansens zu wissen: Die Verbraucher müssten doppelt zahlen.

Entscheiden muss nun die EU. Gegenwärtig liegt der Ball in Brüssel. Binnenmarktkommissar Thierry Breton macht kein Geheimnis daraus, dass er mit der Forderung der Telekomkonzerne nach einer "fairen Beteiligung" von Netflix und Google am Netzausbau sympathisiert. Breton kommt aus der Telekommunikationsbranche, er war mal Vorstandschef der France Télécom, heute Orange. Auch die für Wettbewerb zuständige EU-Kommissionsvizepräsidentin Margrethe Vestager gilt als Unterstützerin.

Gegenwärtig läuft eine breit angelegte öffentliche Konsultation der Kommission zur Zukunft des Telekomsektors in Europa: "Ziel ist es, Meinungen über die sich wandelnde Technologie- und Marktlandschaft und über mögliche Auswirkungen auf den Sektor der elektronischen Kommunikation einzuholen." Auf Seite 39 unter Abschnitt 4 steht der heikle Punkt: "Fairer Beitrag aller digitalen Akteure". Es ist die Sprache von einem "Paradoxon zwischen dem wachsenden Datenvolumen über die Infrastrukturen und dem angeblichen Rückgang der Renditen und des Interesses an Investitionen in die Netzinfrastruktur".

In dem Papier werden Argumente pro und contra Beteiligung an Netzausbaukosten aufgelistet. Dem Vorwurf mangelnder Neutralität will sich die Kommission hier sichtlich nicht aussetzen. Auch nach den möglichen Folgen für Netzneutralität fragt die Kommission. Denn auch dieses - manchmal ideologisch überhöhte - Grundprinzip des Internets spielt für die Gegner der Datenmaut eine große Rolle. Sie fürchten, dass Netflix und die Big Techs, wenn sie erst einmal eine Datenmaut bezahlen, auch eine Vorzugsbehandlung bei Qualität und Geschwindigkeit der Datenübertragung erhalten - eine eigene Überholspur auf der Datenautobahn. Breton hat zwar zugesagt, er wolle an der Netzneutralität nicht rütteln. Faktisch werde sich eine Ungleichbehand-

lung aber nicht vermeiden lassen, argumentieren die Gegner, zu den denen viele Europaabgeordnete gehören. Bis zum 19. Mai können alle Betroffenen das angefügte Frageformular noch ausfüllen. Zu den besonders heiklen Fragen gehört, von welcher Schwelle an Unternehmen als "großer Verkehrserzeuger" ("large traffic generator") eingestuft werden sollen - also wie die Big Techs von anderen Nutzern abgrenzt werden können - und wie sie im Zweifel an den Kosten des Ausbaus beteiligt werden sollen, etwa auf Basis des "prozentualen Verkehrsaufkommens in ihrem Netz während der Hauptverkehrszeiten", wie es in Frage 49 heißt. Weiter unten bringt die Europäische Kommission zwei Optionen für die Kostenbeteiligung ins Spiel: einen Digitalfonds auf nationaler oder EU-Ebene und direkte Zahlungen an die Telekomunternehmen. Ob die Europäische Kommission während ihrer Amtszeit tatsächlich einen konkreten Gesetzesvorschlag zur Datenmaut vorlegt, ist freilich völlig offen. Eigentlich gilt, dass die Kommission im letzten Jahr vor einer Europawahl - die nächste steht im kommenden Frühjahr an - keine Initiativen mehr anstößt, die nicht unbedingt nötig sind. Wegen des langwierigen Gesetzgebungsprozesses ist eine Verabschiedung vor der Wahl sonst so gut wie unmöglich. Ausgeschlossen sei es aber nicht, dass noch ein Vorschlag kommt, heißt es aus dem Umfeld Bretons. "Allermindestens" aber werde die Kommission eine Mitteilung dazu vorlegen, wie sie sich eine mögliche Beteiligung von Big Tech am Ausbau der Netze vorstelle. Damit wäre die Richtung vorgeben. Gebunden wäre die nächste Kommission, die nach der Europawahl antritt, daran aber nicht. Bei den Mitgliedstaaten dürfte ein Gesetzesvorschlag auf Zustimmung stoßen. Sie haben sich im vergangenen Jahr für eine Beteiligung der Internetkonzerne ausgesprochen.

Der Industrieausschuss des Europaparlaments stellte sich im Mai dagegen. Im Juli legten 50 EU-Europaabgeordnete in einem Brief an die Kommission nach. "Wir fordern Sie auf, eine bessere Strategie zur Förderung der Konnektivität in Europa zu verfolgen", heißt es in dem Schreiben. Was am Ende herauskommt, bleibt ungewiss. Sicher ist nur eines: Es braucht Autos und Autobahnen.

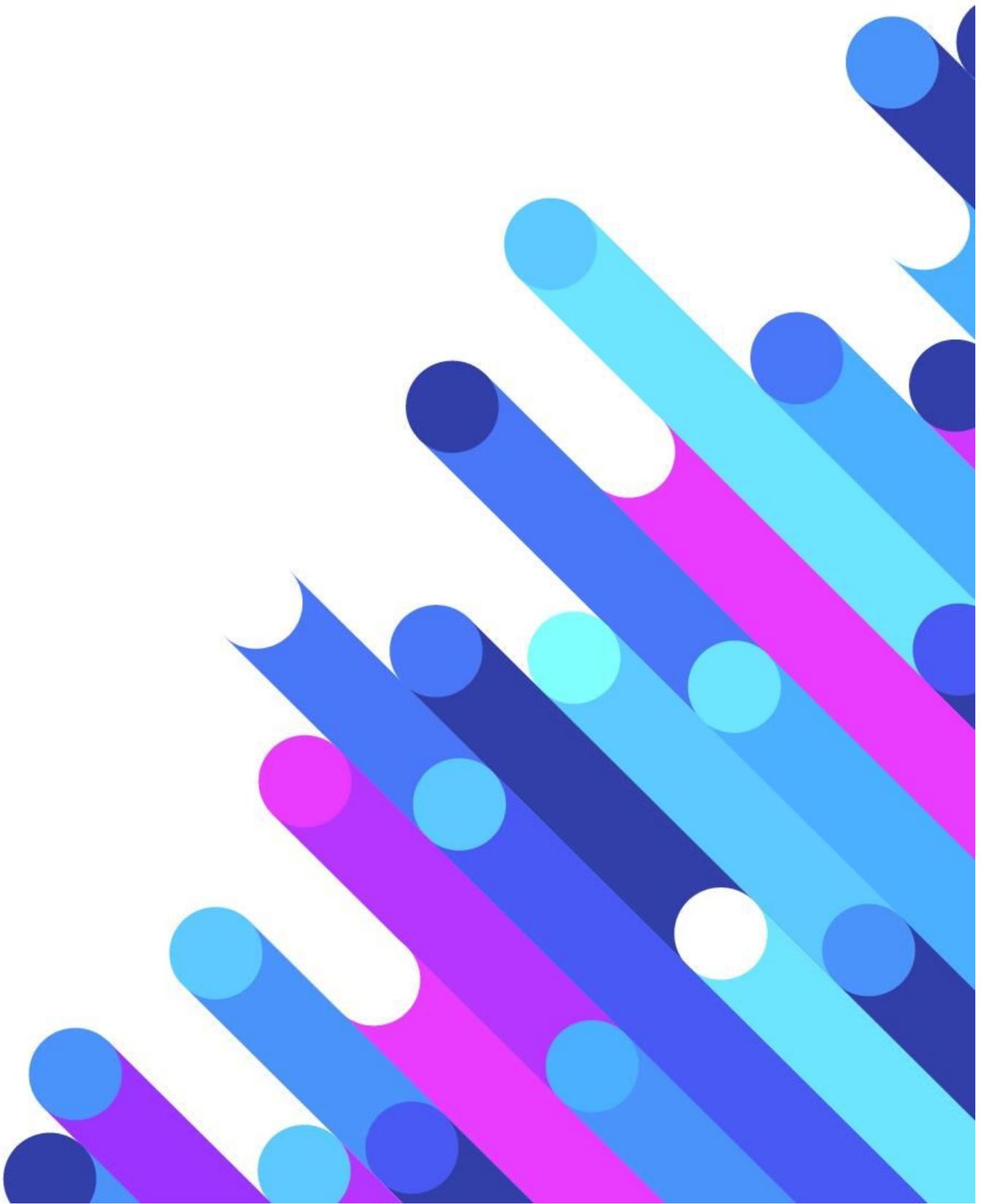


Abbildung:

Illustration iStock, Bearbeitung F.A.Z.

Wörter:

1653

Urheberinformation:

Alle Rechte vorbehalten. © F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main